

Neue Zuwanderung und Engagement

Flüchtlingssolidarität: im Spannungsfeld von Abschottung und Aufnahme

Täglich melden sich derzeit bei PRO ASYL, den Flüchtlingsräten der Länder und den lokalen Asylvereinen in der ganzen Republik engagierte Menschen, die Flüchtlinge unterstützen möchten. Meldungen über sprunghaft gestiegene Asylsuchendenzahlen lösen bei der aufgeklärten Bevölkerung offenkundig weniger Angstreflexe und Ressentiments als noch vor 20 Jahren aus. In der breiten Gesellschaft wachsen derzeit die Solidarität und der Impuls, Menschen in Not beizustehen.

Was muss also in der derzeitigen Situation für die Flüchtlinge getan werden? Privates Engagement kann eine wichtige, positive Rolle für das Gelingen der Flüchtlingsaufnahme in Deutschland spielen. Wenn Flüchtlinge in Deutschland ankommen, sind die Abläufe staatlicherseits stark beeinflusst und reguliert. Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, Aufnahmekonzepte zu entwickeln und Bedingungen zu schaffen, in denen Flüchtlinge ihre Potenziale entfalten und das Engagement der Zivilgesellschaft erfolgreich wirken kann.

Das wichtigste Bedürfnis von Flüchtlingen ist es, Schutz zu finden, die größte Hürde der unzureichende Zugang von Flüchtlingen zum Asylsystem in Europa. Hier ist der Staat in der Verantwortung. Deutschland und die europäischen Staaten müssen und können vieles tun: Anstatt Abschottung zu betreiben und sich um innereuropäische Verantwortungsteilung zu streiten, könnten sie sich dafür einsetzen, dass Flüchtlinge an Europas Grenzen nicht zurückgewiesen werden und mehr Flüchtlinge in Europa Sicherheit finden.

Flüchtlinge in Deutschland – viel oder wenige?

Weltweit waren noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg so viele Menschen auf der Flucht. Wer hier als Asylsuchender ankommt, flieht in der Regel vor Krieg, Gewalt und Verfolgung: Die syrische Flüchtlingskrise ist eine Jahrhundertkatastrophe. Auch in Afghanistan steigt die Gewalt an, im Irak kommt es im Herbst 2014 aufgrund des IS-Terrors zu vielen Toten und neuen großen Fluchtbewegungen. Rund 200.000 Asylsuchende werden 2014 in Deutschland erwartet. Gemessen am Ausmaß der Not in der Welt, ist das alles andere als viel.

Uns in Europa erreichen nur Ausläufer großer humanitärer Katastrophen. Über 150.000 Menschen starben allein in den ersten drei Jahren des Kriegs in Syrien. Die wenigsten Opfer machen sich überhaupt auf den Weg in die reichen Staaten

Europas, noch weniger schaffen es bis hierher. Es sind vor allem die Nachbarländer, die mit den Folgen von Vertreibung und Not umzugehen haben: Im Libanon stellen über eine Million syrische Flüchtlinge rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung, in die Türkei haben sich ebenfalls über eine Million Menschen geflüchtet. Insgesamt sind mehr als 7 Millionen Kriegsflüchtlinge in der Region auf der Flucht, davon 4 Millionen im Landesinnern Syriens. Viele Flüchtlinge leben unter prekären Bedingungen, vor Ort mangelt es an allem, sogar an lebenswichtiger medizinischer Hilfe. Staaten wie der Libanon, Jordanien oder die Türkei sind am Rande ihrer Möglichkeiten. Der libanesische Sozialminister Raschid Derbas sagte kürzlich, der Libanon werde keine weiteren syrischen Flüchtlinge mehr aufnehmen. Im Oktober 2014 hat die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR angekündigt, die Essensrationen kürzen zu müssen.

Verantwortung I: Erstaufnahmestaaten unterstützen, Flüchtlinge übernehmen

Die meisten Menschen wollen in den Nachbarstaaten Syriens bleiben, denn dort leben sie in der Hoffnung auf Rückkehr. Deutschland kann sich der Mitverantwortung für diese Menschen nicht entziehen. Wer will, dass die Grenzen der syrischen Nachbarländer offen bleiben, muss auch seine eigenen Grenzen öffnen. Notwendig ist außerdem eine Unterstützung der Erstaufnahmestaaten durch die Aufnahme von Flüchtlingen und durch finanzielle Mittel.

Abseits des Asylrechts durften rund 25.000 Syrer/innen bislang über verschiedene Programme des Bundes und der Länder nach Deutschland kommen, größtenteils privat finanziert von ihren hier lebenden Angehörigen. Notwendig sind die Ausweitung der aktiven Rettung und die Aufnahme von Schutzbedürftigen aus ihren Zufluchtsorten.

Zur finanziellen Unterstützung: 500 Millionen Euro will Deutschland über drei Jahre hinweg bereitstellen – viel für Deutschland, aber bei weitem nicht ausreichend, zumal die anderen reichen Staaten zaudern. 3,7 Milliarden Dollar sind nötig für humanitäre Hilfe. Bislang wurden 1,6 Milliarden bereitgestellt. Die reichen Staaten dieser Erde sind gefordert, weit mehr Geld als bisher für die Flüchtlingshilfe auszugeben. So gab die Türkei vier Milliarden Dollar, unterstützt wurde sie mit nur 250 Millionen. Innerhalb weniger Wochen hat das Land mehr Flüchtlinge aufgenommen als die EU in einem ganzen Jahr.

Verantwortung II: Menschenrechte achten, Zuflucht ermöglichen

Europas Grenzen sind geschlossen. An der griechisch-türkischen wie an der bulgarisch-türkischen Grenze werden Flüchtlinge abgewiesen. Die geschlossenen Grenzen zwingen sie, den gefährlichen Weg über das Mittelmeer zu nehmen. In seeuntüchtigen Booten versuchen sie, Europa zu erreichen. Seit Jahresbeginn starben so mehr als 3.000 Menschen. Europa schützt seine Grenzen, aber nicht die Flüchtlinge. Die italienische Seenotrettungsoperation „Mare Nostrum“ läuft aus. Eine

Frontex-Grenzschutzoperation soll sie ersetzen, hat jedoch weit weniger Mittel zur Verfügung und arbeitet in einem kleineren Gebiet. Die Folgen sind absehbar: Noch mehr Menschen werden vor unseren Augen ertrinken. Europa muss dringend eine gemeinsame Seenotrettung installieren.

Sind Flüchtlinge gegen alle Widerstände in den Randstaaten Europas angekommen, drohen sie Opfer eines europäischen Verschiebebahnhofs zu werden. Denn Zentraleuropa wälzt die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf die Staaten an den EU-Außengrenzen ab: Flüchtlinge sollen ihren Asylantrag in dem europäischen Staat stellen, den sie zuerst betreten, selbst wenn z. B. Verwandte anderswo in Europa leben. Viele Flüchtlinge aus Staaten wie Syrien oder Irak wollen nicht in Italien oder Griechenland bleiben, sondern versuchen verständlicherweise zu ihren Verwandten nach Deutschland weiterzureisen. Die französischsprachigen Flüchtlinge aus dem Kongo versuchen, ihre Asylanträge in der Regel in Frankreich oder Belgien zu stellen. Viele Menschen finden aufgrund der miserablen Aufnahmebedingungen in Süd- oder Osteuropa keine menschenwürdige Bleibe und fliehen deshalb innerhalb Europas weiter – ohne Chance auf Ankunft, denn das EU-Verteilssystem sieht ihre Rückschiebung in den europäischen Staat vor, den die Flüchtlinge zuerst betreten haben. Das System des gegenseitigen Zuschiebens von Verantwortung ist gescheitert. Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen fordern deshalb: Um die legitimen Interessen der Flüchtlinge zu wahren und ihre Integrationschancen im beiderseitigen Interesse zu berücksichtigen, sollten Flüchtlinge ihren Asylantrag in einem Land ihrer Wahl stellen dürfen.

Verantwortung III: Aufnahmekonzepte entwickeln, Netzwerke bauen

Die Zahl der Flüchtlinge, die in Krieg und Terror um ihr nacktes Leben bangen, wird auch in den nächsten Jahren nicht wesentlich geringer werden. Für uns bedeutet dies, dass die Zahl von Asylsuchenden wohl erst einmal anhaltend hoch bleiben wird. Und viele von ihnen werden dauerhaft bleiben.

Jahrelang setzten der Bund und manche Bundesländer darauf, Flüchtlinge durch die möglichst schwierige Gestaltung der Lebensbedingungen „abzuschrecken“. Der Plan ging nicht auf. Inzwischen ist ein Umdenken in Gang. Mehr und mehr wird eingesehen, dass ein guter Willkommens- und Aufnahmeprozess nicht nur den Interessen der Flüchtlinge an einer produktiven Lebensgestaltung dient, sondern frühestmögliche Integration von Flüchtlingen auch im Interesse der Gesellschaft liegt. Die Verantwortlichen sind aufgefordert, kommunale Integrations- und Aufnahmestrukturen aufzubauen. Manche Kommunen arbeiten daran. Ein Gesamtkonzept zu Aufnahme und Integration ist das Gebot der Stunde.

Wichtig ist die Integration von Anfang an: Asylverfahren ziehen sich hin - über Monate oder gar ein Jahr, zum Beispiel bei Flüchtlingen aus Afghanistan. In dieser Zeit sind sie in der Regel zum Nichtstun verdammt. Eine Teilnahme an Integrations- oder Sprachkursen ist gesetzlich nicht vorgesehen. Aus Menschen, die ihr Leben in die eigenen Hände nehmen möchten, werden Hilfsempfänger, die staatlich alimentiert werden. Das ist absurd und irrational. Es ist nicht nur im Interesse der Flüchtlinge, sondern auch im Interesse unserer Gesellschaft, dass Flüchtlinge von Anfang an integriert werden.

Zu einem angemessenen Aufnahmesystem gehören neben der menschenwürdigen Unterbringung in Wohnungen eine Sicherstellung von qualifizierter Flüchtlingsberatung, Deutschkurse von Anfang an sowie die Ermöglichung des frühestmöglichen Arbeitsmarktzugangs inklusive aller damit verbundenen Unterstützungsmaßnahmen (Fördermaßnahmen, finanzielle Ausbildungsförderung etc.), damit Flüchtlinge von sozialen Leistungen unabhängig werden können. Manche Verbesserungen der letzten Jahre auf diesem Gebiet sind noch immer unvollständig bzw. inkonsequent.

Das Engagement der Zivilgesellschaft: wertvoll und anspruchsvoll

Die praktische Unterstützung von Flüchtlingen in Deutschland durch privates Engagement ist vielfältig: Es reicht von freundschaftlichen Besuchen und dem „Zuhören“ im Wohnheim, über thematische Veranstaltungen und soziale Kennenlern-Projekte, ehrenamtliche Deutschkurse oder dem Einrichten einer Fahrradwerkstatt bis zur intensiven Rundum-Unterstützung von einzelnen Familien. An vielen Orten haben sich Initiativen gegründet, die „Paten“ für konkrete Einzelpersonen oder konkrete Aufgaben vermitteln: als Hausaufgabenhilfe, für Übersetzungen, Begleitung zu Behördengängen oder als Stadtführer/in für Neuankömmlinge.

Dieses private Engagement ist äußerst wertvoll und umso erfolgreicher, wenn Flüchtlinge es vor dem Hintergrund von Aufenthaltssicherheit und persönlicher Gestaltungsfreiheit annehmen können.

Angesichts der beschriebenen Rahmenbedingungen haben es die zahlreichen neuen Initiativen und privaten Flüchtlingsunterstützer in Deutschland aber nicht einfach. Einige Brennpunkte.

Beispiel Unterbringung: Hektisch werden gegenwärtig an vielen Orten Notunterkünfte aus dem Boden gestampft. Solche Unterkünfte sind problematisch – nach außen, aber vor allem für ihre Bewohner/innen. Aus Provisorien werden schnell Dauerlösungen. Die Enge, fehlende Privatsphäre, entmündigende Vorschriften und sichtbare gesellschaftliche Ausgrenzung machen die Bewohner/innen auf lange Sicht

krank. Eine Unterbringung in Wohnungen dagegen hilft, Vorurteile abzubauen und ermöglicht den Menschen, Leben wieder in die eigenen Hände zu nehmen.

Vielerorts setzen sich Flüchtlingsinitiativen dafür ein, vor Ort eine menschenwürdige Unterbringungspraxis zu installieren und immer öfter gelingt dies auch. Viele Unterstützer sind bereit, Flüchtlinge in privaten Wohnungen aufzunehmen. Nicht immer spielt die Behörde mit, vielfach wird der Umzug nicht erlaubt. Oft können Helfer nur die Umstände einer schlechten Unterkunft abmildern: Kontakte aufnehmen, ein Spielzimmer im Wohnheim einrichten, mit Fahrrädern eine isolierte Lage überwinden helfen. Einige wenige Kommunen machen den Auszug in Wohnungen inzwischen zum Programm. Dazu brauchen sie finanzielle Unterstützung und den politischen Willen.

Beispiel Aufenthaltssicherheit: Lokale Gruppen von engagierten Flüchtlingshelfer/innen stehen vermehrt vor dem Problem des Zuständigkeitssystems in Europa: Sie haben mit Menschen zu tun, die in Deutschland sind, aber nach jahrelanger Flucht hier noch immer nicht ankommen dürfen, weil eine Rückschiebung in einen anderen europäischen Staat, z. B. nach Italien oder Bulgarien angedroht ist. Menschen, die die Schrecken im Herkunftsland, die Traumata der illegalen Flucht und noch dazu Erfahrungen mit Inhaftierung, Obdachlosigkeit oder Hunger in Randstaaten Europas mit sich herumtragen und Angst vor der Rückschiebung haben. Rund ein Viertel der Asylantragsteller in Deutschland sind von dieser Situation betroffen. Vermehrt stellen sich solidarische Menschen vor Ort gegen eine drohende Abschiebung. Die Kirchenasyle haben stark zugenommen. Die Möglichkeiten wirksamer privater Unterstützung in einer solchen Situation sind eng begrenzt. Letztendlich hilft hier nur die Politik, die Flüchtlingen ermöglichen muss, dort Asyl zu suchen und zu bleiben, wo sie Lebenschancen finden.

Beispiel Rassismus: An vielen Orten schüren gewaltbereite Gruppierungen Hass und Rassismus und wenden sich gezielt gegen Asylsuchende. Größere Flüchtlingslager sind immer wieder Ziel von Übergriffen. Die Gefahr, die von rechtsradikalen Strukturen für die physische Sicherheit von Flüchtlingen und für das gesellschaftliche Klima ausgeht, darf nicht übersehen oder unterschätzt werden. Viele Unterstützergruppen haben sich in Reaktion auf aufkeimenden Rassismus gegründet und leisten neben der praktischen Hilfe für die Bewohner/innen wichtige Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung. Sie senden so ein starkes Signal der Solidarität mit schutzbedürftigen Menschen.

Die Praxis vor Ort führt den Unterstützern also immer wieder vor Augen, in welchem Ausmaß die Integrationschancen von Flüchtlingen von den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen abhängig sind. Nicht jede Unterstützung kann oder sollte von „ehrenamtlichen“ Privatpersonen angegangen werden. Um gesetzliche

Hürden – zum Beispiel bei der Ausbildungsfinanzierung oder beim Wohnortwechsel – zu beseitigen, braucht es die Politik. Bei der Beratung sind oft Profis gefragt: Asylberater/innen oder Rechtsanwälte. Der Aufnahmeprozess vor Ort scheint immer dann besonders gut zu gelingen, wenn das Zusammenspiel funktioniert: Wenn die Flüchtlingsaufnahme in einem gemeinsamen Prozess von Kommune, Institutionen (Schulen und Kindergärten), professionellen Beratungsstellen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft (Anwohner von Unterkünften und freiwillige Helfer) stattfindet.

Die überwältigende Anteilnahme am Schicksal von Flüchtlingen, wie sie sich derzeit in tausenden freiwilligen Helfern und zahlreichen neu gegründeten Initiativen zeigt, hilft vielen Flüchtlingen ganz praktisch und persönlich: Indem sie sich dort, wo sie an ihre Grenzen stößt, auch politisch zu Wort meldet. Dies bringt einiges in Bewegung, damit sich die Flüchtlingspolitik in Deutschland zum Besseren verändert.

***Günter Burkhardt** ist Geschäftsführer und Mitbegründer von PRO ASYL. Seit mehr als 25 Jahren setzt sich die unabhängige Menschenrechtsorganisation, bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eines breiten gesellschaftlichen Spektrums aus Flüchtlingsräten, Kirchen, Gewerkschaften sowie Wohlfahrts- und Menschenrechtsorganisationen, für die Rechte verfolgter Menschen in Deutschland und Europa ein.*

Weitere Informationen zu PRO ASYL unter <http://www.proasyl.de/>